

Gegen die Politik der Großen Koalition: In Bewegung kommen!

Die Wahl ist gelaufen und die Große Koalition hat die Regierungsgeschäfte übernommen. Im Koalitionsvertrag werden die nächsten Schritte des Sozialabbaus offen benannt: Der Kündigungsschutz wird so weit aufgeweicht, dass es seiner Abschaffung gleichkommt. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zum 1.1.2007 soll der Staatshaushalt auf Kosten der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen saniert werden. Die so genannte „Reichensteuer“ ist dagegen eine reine Alibi-Maßnahme. Denn sie bleibt bedeutungslos gegenüber den massiven Steuergeschenken an die großen Firmen und Privatvermögen, mit denen die öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erst arm gespart worden sind. Aber die Periode der Großen Koalition muss keine düstere Zeit des politischen Stillstands sein. Im Gegenteil: Es erweitert sich unser Spielraum und es verbessern sich die Chancen für eine nachhaltige Stärkung außerparlamentarischer, widerständiger, rebellischer Bewegung von links. Also, wir sehen uns in den kommenden vier Jahren: In den Debatten, auf den Strassen, auf den Barrikaden – Los geht's!

Das aktuelle Programm des fortgesetzten Sozialabbaus und der Verschärfung sozialer Gegensätze erscheint weniger als ein Bruch, sondern vielmehr als die logische Fortsetzung der Politik der alten Bundesregierung. Daran wird deutlich, wie sehr schon Rot-Grün der Ideologie des Neoliberalismus verschrieben war. Tatsächlich gab es längst vor der offiziellen Großen Koalition eine faktische Koalition aller bürgerlichen Parteien, zwischen denen bei allen Unterschieden im Detail grundsätzliche Einigkeit über eine Politik des Sozialabbaus, der Entrechtung der Erwerbslosen, der Militarisierung der Außenpolitik und der Einschränkung von BürgerInnenrechten in der Innenpolitik bestand und weiter besteht.

Es ist kein Zeichen der Stärke, dass aus der informellen Großen Koalition der vergangenen Jahre nun eine formelle Große Koalition geworden ist. Es handelt sich um eine Koalition der WahlverliererInnen, schließlich hatten sowohl CDU/CSU als auch die SPD massive Stimmenverluste zu verbuchen. Das widersprüchliche Signal der Wahl vom 18. September 2005 besteht vielmehr darin, dass einerseits die alte Regierung abgewählt wurde, ohne andererseits das Programm eines noch mal radikalisierten neoliberalen Projekts, wie es die

Union und die FDP im Wahlkampf propagierten und es von den Kapitalverbänden gefordert wurde, mit einer Mehrheit auszustatten. Zusätzlich erscheint mit der Linkspartei eine neue Partei links von der SPD im Bundestag, die nicht mehr wie die alte PDS hauptsächlich ostdeutsche Regionalpartei ist.

Die neoliberale Hegemonie wird brüchig

Zahllose KommentatorInnen und „WirtschaftsexpertInnen“ verbreiten auf allen Kanälen und in nahezu allen Zeitungen immer wieder die alte Leier: „Nur Wachstum schafft Arbeitsplätze und nur Steuersenkungen für die Reichen, Lohnverzicht, Abbau der Rechte der Lohnabhängigen sowie Druck auf die Erwerbslosen schaffen Wachstum.“ Diese Umverteilung von unten nach oben sollte sich nicht nur für die Unternehmen und Reichen lohnen. Am Schluss sollten wieder Vollbeschäftigung und allgemeiner Wohlstand stehen. Das jedoch ist seit nunmehr zwei Jahrzehnten ein leeres Versprechen geblieben.

Inzwischen zeigen sich deutlich wahrnehmbare Risse in der ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus und es gibt ein weit verbreitetes und berech-

tigtes Misstrauen gegen die „Reformen“, die in immer kürzerer Geschwindigkeit angedroht und durchgeführt werden.

Dass ca. 90% auch bei der vergangenen Bundestagswahl für die Parteien des neoliberalen Blocks gestimmt haben, zeigt allerdings, dass es sich bislang eben nur um Risse und Brüche handelt

und dass die wachsenden Zweifel noch weit davon entfernt sind, sich in politisches Bewusstsein oder gar gemeinsames politisches Handeln umzusetzen. Aus dem langsam wachsenden Legitimationsverlust der neoliberalen Politik ergibt sich nicht zwingend eine bestimmte Entwicklungsrichtung des politischen

weiter auf Seite 2

Existenzgeld für alle !

Die sozialpolitische Grundlinie der großen Koalition ist schon jetzt deutlich erkennbar. Der Angriff auf Kündigungsschutz sowie die Weiterführung der Agenda 2010 nehmen klar Stellung. Hinter der Parole der „Senkung der Lohnnebenkosten“ verbirgt sich eine gigantische Umverteilungsmaßnahme für die Unternehmensgewinne. Nach den europaweiten massiven Arbeitskämpfen in den 1970er Jahren, die von Andre Gorz als „große Verweigerung“ gegen die eintönige Fließbandarbeit beschrieben wurde, begann ein ökonomisch und ideologisch begründeter Klassenkampf von oben gegen die Rechte der Arbeitenden. Der Staat nimmt zum Nachteil von ArbeiterInnen mittels staatlich erzwungenem Lohndumping durch I-Euro-Jobs und dem Abbau von ArbeiterInnenrechten starken Einfluss auf die Auseinandersetzung zwischen den Interessen von UnternehmerInnen und Arbeitenden. Politik, Medien und sogar Gewerkschaftsführung halluzinieren eine Identität der Interessen beider Gruppen für einen Standort Deutschland. Pustekuchen! Was kümmern uns steigende Börsennotierungen? Wir alle wollen ein Leben ohne Ausbeutung und Zukunftssangst! Durch die strukturelle Massenarbeitslosigkeit werden Millionen Menschen zu „Überflüssigen“ erklärt. In ei-

ner Gesellschaft, in der Arbeit als gesellschaftlicher Letztwert gilt, über den menschliche Würde und Anerkennung definiert wird, erzeugt dies Ausgrenzung, Krankheit und Minderwertigkeitsgefühle.

„Die größten Wendungen finden in Sackgassen statt“ (Me-ti bei Brecht)

Aber auch neue Perspektiven sind möglich. Einfache Lösungen für scheinbar komplizierte Zusammenhänge. Das Existenzgeld ist so eine Perspektive. Danach bekommt jeder Mensch, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht und Schuhgröße eine Geldsumme, die ein annehmbares Leben ermöglicht. Für den Anfang erstmal 850 Euro plus Miete. Klingt doch gut! Aber was das kostet ... Gesellschaftlicher Reichtum ist da, einzig das Kräfteverhältnis entscheidet über dessen Verteilung.

Egal in welchen TV-Sender man zapft, überall wird behauptet, es gäbe zu wenig Arbeit. Zeitgleich steigt bei denen, die arbeiten „dürfen“ die Arbeitsintensität- und Dauer permanent an. Dieses Paradox könnte auf einfache Weise, und zwar durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung, behoben werden. Schon bei Abschaffung der Überstunden könnten

Bewusstseins. Am häufigsten dürften Formen der politischen Resignation sein, die auch immer wieder als „Politikverdrossenheit“ durch die Medien geistert. Ein solches Bewusstsein der allgemeinen Unzufriedenheit mit der politischen (und persönlichen) Lage, ein Gefühl des Zukunftsangsts und der Ohnmacht ist prinzipiell offen, sich entweder autoritär-rechtspopulistischen bis faschistischen (Schein-)lösungen zuzuwenden oder aber sich in eine Perspektive für ein solidarisches, emanzipatorisches politisches Handeln weiterzuentwickeln. In welche Richtung das Bewusstsein kippt, ist zwar von individuellen und gesellschaftlichen Prägungen (wie etwa der Verbreitung von rassistischen oder standortnationalistischen Einstellungsmustern) abhängig, aber immer auch der politischen Intervention zugänglich.

Die vor uns liegende Periode der Großen Koalition muss in diesem Sinne aus der Sicht einer radikalen Linken eben keine düstere Zeit des politischen Stillstands sein. Im Gegenteil erweitert sich unser Spielraum und die Chancen für eine nachhaltige Stärkung außerparlamentarischer, widerständiger, rebellischer Bewegung von links. Während der ersten Großen Koalition 1966/69 entstand die legendäre APO (Außerparlamentarische Opposition). Ausgehend von der Bewegung der Studierenden entstand ein ganzer Zyklus offensiver politischer Bewegung von links, der trotz seiner letztlichen Integration in das politische System der BRD deutliche gesellschaftliche Spuren hinterlassen hat. Natürlich lassen sich zahlreiche Unterschiede zwischen heute und damals aufzählen, die eine allzu direkte Analogiebildung verbieten. Es geht hier nur um diesen Gedanken: Zeiten, in denen die herrschende Politik wie ein Block erscheint und in denen keine Alternative innerhalb des Systems sichtbar ist, bieten Chancen und Anknüpfungspunkte für eine

weiter auf Seite 2

hunderttausende Jobs entstehen, bei einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 20 Stunden gar Millionen. Aber dies ist von Unternehmerseite gar nicht gewünscht. Ein Arbeitslosenheer, aus dem zu jedem beliebigen Zeitpunkt neues Personal rekrutiert/hergeholt werden kann, hilft, den bestehenden Druck auf die Arbeitenden auszuüben, bei ihnen Arbeitswahn zu schüren, sie still und gefügig zu machen. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist deshalb Grundlage dafür, der Konditionierung der Arbeitenden zur Unterwerfung entgegenzutreten.

Kritik der Produktionsverhältnisse!

Einige Linke bemängeln zu Recht, dass die Existenzgeldforderung staatsfixiert ist und die Ebene der Produktion meistens ausblendet bleibt. Jedoch müsste unter den herrschenden Verhältnissen auch eine reformistische Forderung, um hörbar zu werden, eine Dynamik und Radikalität in der Praxis entwickeln. Streiks und Proteste in anderen Ländern, von Frankreich bis Argentinien, weisen in diese Richtung. Die Grundsicherung wird auch von Parteien, von FDP bis Linkspartei.PDS diskutiert. Konservati-

weiter auf Seite 3



In Bewegung kommen!

Fortsetzung von Seite 1

grundlegende antikapitalistische Kritik und Praxis.

Autoritäre Sozialstaats-Romantik oder bewegungsnahe Linkspartei ?

Der ambivalente Charakter der gegenwärtigen Situation spiegelt sich auch im Zustand der entstehenden Linkspartei. In ihren beiden Teilen, PDS und WASG, gibt es starke politische Kräfte und Tendenzen, die eher für eine rückwärtsgewandte Sozialstaats-Romantik stehen und die daher entweder die SPD der 70er Jahre wieder erfinden wollen oder sich eine Art DDR light ohne Mauer und Stasi wünschen. Diese Richtung ist nicht selten auch mit autoritären, standortnationalistischen bis hin zu rassistischen Vorstellungen verbunden. Beispielhaft zeigte sich dies in verschiedenen Äußerungen Oskar Lafontaines, der über „Fremdarbeiter“ schwadronierte, öffentlich die Pläne Otto Schilys für Flüchtlingslager in Nordafrika unterstützte oder Verständnis für die Folteranordnung durch den Frankfurter Vize-Polizeipräsidenten Daschner äußerte.

Daneben gibt es aber ebenfalls in beiden Teilparteien Kräfte, die das Konzept einer bewegungsnahe, pluralistischen linken Sammlungspartei verfolgen, die nicht auf Regierungsteilnahme orientiert, sondern sich bewusst ist, dass reale politische Veränderungen nur im engen Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen möglich sind. Bei dieser Richtung existiert dann auch ein Bewusstsein dafür, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit nicht ohne klare antirassistische Positionen und nicht ohne ein umfassenderes Konzept von Emanzipation geführt werden kann und darf.

Ein paralleler Widerspruch zeigt sich auch bei den WählerInnen der Linkspartei. Für nicht wenige war ihre Wahlentscheidung mehr ein Ausdruck des Protests gegen die Zumutungen von Hartz IV und der Agenda 2010, denn ein bewusstes Bekenntnis zu einer linken Politik. Gysi und Lafontaine sollen es jetzt richten und die Stimme des „kleinen Mannes“ hörbar machen. Damit wird der Protest und die Aufgabe politischer Veränderung erneut an PolitikerInnen delegiert, anstatt selbst aktiv zu werden. Diese Hoffnung auf StellvertreterInnen muss scheitern und neue Enttäuschungen produzieren, wenn sie nicht in eine neue Bewegungsdynamik umgewandelt werden kann.

Die Aufgabe einer radikalen Linke muss es sein, diese Bewegungsdynamik zu befördern. Dazu braucht es die Kritik und Auseinandersetzung mit der Linkspartei und ihren autoritär-sozialstaatsromantischen Tendenzen, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft zur offenen und fairen Zusammenarbeit auf der Ebene sozialer Bewegungen.

Wohin steuern die Gewerkschaften ?

Entscheidend für die nächsten Jahre wird auch die Entwicklung der Gewerkschaften sein. Das Band zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist durch den jahrelangen Kurs des Sozialabbaus und des Angriffs auf ArbeiterInnenrechte bereits jetzt bis zum Reißen gespannt. Die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition muss diese Spannungen weiter verschärfen. Gleichzeitig wird deutlich, dass das überkommene Modell einer sozialpartnerschaftlichen Vertretungsorganisation nicht mehr in der Lage ist, den Lebensstandard und die Rechte der abhängig Beschäftigten zu verteidigen – von den Interessen der Erwerbslosen ganz zu schweigen.

Die Kapitalseite signalisiert immer deutlicher, dass sie gar keinen „Sozialpartner“ mehr braucht, keine Kompromisse mehr eingehen will, sondern sich stark genug fühlt, ihre Interessen frontal durchzusetzen. Die notwendige spiegelbildliche Entwicklung auf der Seite der Gewerkschaften, die Abkehr von der Politik der Kungelrunden und des Schielens auf Aufsichtsratsposten und die Hinwendung zu einer mobilisierenden, kämpferischen Beteiligungsgewerkschaft, kommt nur ganz zögerlich in Gang. Zu groß ist die Beharrungskraft der Apparate, die Angst Pfründe und Einfluss zu verlieren und zu schwach noch die Dynamik von der Basis und von den linken Kräften in den Apparaten für eine andere Gewerkschaftspolitik.

Ein bisschen Widerstand ?

Das Ergebnis ist der Zickzack-Kurs der letzten Jahre. Einmal werden wie am 3.4.2004 eine halbe Million Menschen zum Sozialprotest nach Berlin mobilisiert, um gleich darauf die Bewegung wieder abzuwürgen und ins Leere laufen zu lassen. Anstatt entschlossener Unterstützung der Hartz IV-Proteste lösten sich die Gewerkschaften nicht vom Gängelband der SPD. Ein bisschen mobilisieren, dann wieder alle nach Hause schicken und in Kungelrunden den Sozialpartner spielen – diese Politik empfinden viele GewerkschafterInnen zu Recht als Funktionalisierung und Verschaukelung.

Der Konflikt innerhalb der Gewerkschaften an dieser Frage wird zunehmen.

Die nächste Bewährungsproben sind absehbar: Wie wird Gegenwehr organisiert gegen den Frontalangriff auf den Kündigungsschutz? Und welche Rolle spielen die Gewerkschaften in der bereits absehbaren nächsten Welle der Sozialproteste? Die augenblickliche Haltung des Abwartens wird nicht mehr lange durchzuhalten sein.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Konflikt die Gewerkschaften letztlich zerreißen wird. Aber es handelt sich um einen notwendigen Klärungsprozess. Deshalb sollte am Schluss auch das Konzept der Einheitsgewerkschaft kein Dogma sein, mit dem eine notwendige Linksentwicklung blockiert wird.

In der Kombination einer relativ schwachen (weil als Notlösung entstandenen) Bundesregierung mit der beginnenden Brüchigkeit der ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus liegen also reale Chancen für einen Aufschwung von politischen und sozialen Bewegungen und auch für die Neukonstituierung einer radikalen Linken, die einer theoretischen und praktischen Gegenposition zum Kapitalismus neue Relevanz verleihen kann. Chancen sind natürlich keine historischen Gewissheiten, sondern Chancen können ergriffen oder auch verpasst werden.

Raus aus der Nische der subkulturellen Szene !

Damit stellt sich die Frage nach den Aufgaben einer radikalen Linken – und auch für AVANTI als Teil davon. Noch viel stärker als vorher müssen wir jetzt raus aus der Nische der subkulturellen Szene und hinein in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen! Dies ist in er-

ster Linie ein Plädoyer für mehr politische Offensive und für eine Offenheit zur fairen Zusammenarbeit mit anderen – auch nicht-linksradikalen – politischen Kräften. Es geht aber nicht etwa um inhaltliche Beliebigkeit oder opportunistische Anbiederung, sondern im Gegenteil steht eine Schärfung des inhaltlichen Profils und die Entwicklung einer erneuerten antikapitalistischen Perspektive auf der Tagesordnung.

Die kommenden Sozialproteste werden über den bei den Montagsdemos gegen Hartz IV häufig zu hören Ruf nach „Arbeit“ deutlich hinauskommen müssen. Eine Orientierung auf das historische Ausnahmmodell der sozialstaatlich abgedeckten Vollbeschäftigung ist weder in einem realpolitischen Sinn realistisch noch unter dem Gesichtspunkt einer gesellschaftlichen Utopie voranbringend. Die Koppelung von Einkommen und Lohnarbeit ist schon heute ein brüchiges Konzept geworden – angesichts einer Massenarbeitslosigkeit, die allein durch Wirtschaftswachstum bei den ständigen Produktivitätsfortschritten niemals aufzuheben sein wird.

Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen !

Die Aufrechterhaltung eines moralischen und finanziellen Zwangs zur Arbeit, wie er mit Hartz IV nochmals verschärft worden ist, dient in erster Linie der weiteren Absenkung der Löhne und der weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Erwerbslosen und der (noch) Beschäftigten, dass dieser Zwang zur Arbeit fällt und Bedingungen

geschaffen werden, in sich Menschen aussuchen können, welche Lohnarbeit sie annehmen wollen und ob sie dies überhaupt wollen. Um dieses gemeinsame Interesse mit einer Perspektive, die auf soziale Sicherheit bei gleichzeitiger Autonomie gerichtet ist, zu formulieren, braucht es einen Dreiklang von grundsätzlichen Forderungen: **1.** die Forderung nach einer **radikalen Arbeitszeitverkürzung**, um allen die Lohnarbeiten wollen, die Möglichkeit dazu zu geben, **2.** die Forderung nach einem **gesetzlichen Mindestlohn**, um die nach unten gerichtete Spirale von Dumpinglöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen zu stoppen und **3.** die Forderung nach einem **bedingungslosen Grundeinkommen**, mit dem eine soziale Sicherheit ohne Arbeitszwang, Bedürftigkeitsprüfungen und anderen Repressalien geschaffen werden soll.

Es geht bei diesen Forderungen zunächst um eine gemeinsame Perspektive von Erwerbslosen und Beschäftigten, die zusätzlich in der Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen auch die Frage der Absicherung von Familien- und Reproduktionsarbeit mit aufnimmt. Diese Forderungen sind nicht schon selbst revolutionär, enthalten jedoch einen utopischen Überschuss, der über das gegenwärtige System kapitalistischer Lohnarbeit hinaus weist. Denn letztlich ist ein gutes, sicheres und freies Leben für alle mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unvereinbar, die auf Profit, Konkurrenz und dem Recht des Stärkeren basiert.

Soziale Bewegung braucht globale Perspektive

Bei diesen Forderungen muss eine globale Perspektive mitgedacht werden, ohne die ein Sozialprotest schnell in reaktionären Standort-Nationalismus und Konkurrenz-Rassismus kippen kann. Das in Ansätzen bereits vorhandene Bündnis der globalisierungskritischen mit der anti-neoliberalen Bewegung muss deshalb weiter ausgebaut werden. Hierzu gibt es in der Mitte der Legislaturperiode ein Ereignis, an dem sich dieses Bewegungsverständnis symbolhaft verdichten und sichtbar machen kann: Die Proteste und Aktionen gegen den G8-Gipfel im Frühsommer 2007 in Heiligendamm. Schon heute bereiten zahlreiche Gruppen und Netzwerke die Aktivitäten gegen dieses Treffen der führenden PolitikerInnen der acht mächtigsten kapitalistischen Staaten vor. Es zeichnen sich kraftvolle Tage der Kommunikation, des Protestes und des Widerstandes ab, zu denen zehntausende von AktivistInnen aus ganz Europa und der Welt an der mecklenburgischen Ostseeküste zusammenkommen werden. Es wird darum gehen, an dieser Stelle die unterschiedlichen Bewegungen (Sozialbewegung, die antirassistische Bewegung, die Umwelt-, die Anti-Kriegsbewegung usw.) zusammenzubringen, um von Heiligendamm aus ein Signal des Aufbruchs und neuer Perspektiven für eine bessere Welt zu setzen. Dieser Prozess darf nicht von oben her gedacht werden, sondern immer als reale Kommunikation und gemeinsame Aktion aller AktivistInnen und Gruppen.

Bewegung braucht Organisation

Um eine Gegenmacht zum globalisierten Kapitalismus zu entwickeln, die den Lauf der Welt tatsächlich ändern kann, braucht es als Grundlage die beschriebenen Prozesse der Stärkung und des Zusammengehens von Bewegungen. Aber es braucht auch die organisierten Kräfte in den Bewegungen, diejenigen, die sich die Aufgabe der Entwicklung einer interventionistischen Linken bewusst stellen. Zu dieser Aufgabe wird AVANTI seinen Beitrag leisten.



Soziale Bewegung global denken: Demonstration beim Europäischen Sozialforum in London, Oktober 2004

„Schily III“? – Große Koalitionen in Land und Bund und die „Sicherheits“politik

Ein Politikbereich der großen Koalition, den es mit besonderem Interesse zu beobachten gilt, ist die „Sicherheits“politik: Hier hat schon die rot-grüne Koalition den Eindruck des 11. September 2001 genutzt, um eine ganze Reihe erheblicher Verschärfungen durchzusetzen – es fragt sich nun, ob eine große Koalition mit Innenminister Wolfgang Schäuble dem noch einen draufzusetzen vermag.



Demonstration gegen die Innenminister-Konferenz am 18.11.2004 in Lübeck

Einen ersten Eindruck vom Wirken einer großen Koalition in diesem Politikbereich vermag die große Koalition in Schleswig-Holstein zu geben. Diese hat Anfang November 2005 eine Gesetzesinitiative angekündigt, mit der das bis dahin noch vergleichsweise liberale Schleswig-Holsteinische Polizeirecht „an veränderte Realitäten angepasst“ werden soll.

Zunächst einmal wurde die 2001 befristete eingeführte Rasterfahndung auf unbegrenzte Zeit verlängert – ohne die im Gesetz vorgesehene Überprüfung des Nutzens dieser Maßnahme im Vergleich zu den drastischen Eingriffen in die Privatsphäre. Neben dieser „bloßen“ Festschreibung einer bereits bestehenden Maßnahme kündigte neue große Koalition aber auch einige drastische Neuerungen an:

So dürfen in Zukunft im Rahmen der sog. Schleierfahndung Personen und Pkws ohne konkrete Verdachtsmomente angehalten und „in Augenschein genommen“ werden. Die Landesregierung betont zwar, eine Durchsuchung sei unzulässig und niemand zur Preisgabe seiner Identität verpflichtet – wer aber einmal erlebt hat, wie die Polizei auch im Rahmen „allgemeiner Verkehrskontrollen“ routinemäßig Fahrzeuge durchsucht und die Personalien sämtlicher Insassen feststellt, wird dem wenig Glauben schenken.

Weitere Maßnahmen sind Videoaufzeichnungen von öffentlichem Raum und die Möglichkeit, Aufenthaltsverbote mit einer Dauer von bis zu 3 Monaten (!) auszusprechen. Ob diese Maßnahmen wirklich vor allem der Verhinderung schwerer Straftaten dienen, ist zweifelhaft – lassen sich doch mit solchen Methoden wunderbar unliebsame Randgruppen, wie Obdachlose und

DrogenkonsumentInnen, aus den Shoppingmeilen der Innenstädte vertreiben.

Besonders brisant ist, dass in Schleswig-Holstein auch die Telefonüberwachung zu polizeilichen Zwecken eingeführt werden soll – kurz nachdem das Bundesverfassungsgericht eine entsprechende Regelung in Niedersachsen für verfassungswidrig erklärt hat. Ob die schleswig-holsteinische Regelung, wie von der Regierung behauptet, auf diese Bedenken eingeht, bleibt abzuwarten.

Komplettiert wird das Maßnahmenpaket schließlich durch die Möglichkeit der Ausschreibung von Personen zur „gezielten Kontrolle“, Erleichterungen des Datenaustauschs mit dänischen Behörden, erweiterte Befugnissen für kommunale Ordnungsbehörden wie Ordnungsamt etc. und die selbst vom ADAC als Schritt zum „gläsernen Autofahrer“ kritisierte automatisierte Kennzeichenerfassung auf bestimmten Straßen.

Ob der Kieler FDP-Abgeordnete Kubicki Recht hat mit seiner Aussage, Innenminister Stegner verabschiedete sich von den „rechtsstaatlichen Grundsätzen sozialdemokratischer Tradition“, mag spätestens seit der Amtszeit der rot-grünen Koalition im Bund bezweifelt werden. Was sicher stimmt ist aber, dass diese Neuregelungen, wie auch die „Otto-Kataloge“ im Bund, einen eher minimalen Effekt gegen wirkliche Bedrohungen der Menschen haben, dafür aber rechtsstaatliche Grundsätze und die individuelle Freiheit stark einschränken und im Ergebnis auch Schleswig-Holstein dem Überwachungsstaat Orwellscher Bauart ein gutes Stück näher bringen.

In der Presse und Öffentlichkeit haben diese Pläne noch kein größeres Echo hervorgerufen; die Landesregie-

rung hat sich aber auch Mühe gegeben, möglichst wenig Wind zu verursachen, indem sie die Regierungsinitiative erst 3 Tage nach Drucksachenschluss des Landesparlaments einbrachte und damit eine Auseinandersetzung mit deren genauem Inhalt fürs Erste stark erschwert hat.

Existenzgeld für alle !

Fortsetzung von Seite 1

ve und Neoliberale denken die Grundsicherung als minimale Armutsversorgung, unterhalb des jetzigen ALG II. Dieses „Sockelgehalt“ dient einer weiteren Unterhöhung der Tarife und der Ausweitung des Niedriglohnssektors. Das Ziel ist, in den meisten Branchen „Mac Jobs“ durchzusetzen und die Stundenlöhne dabei massiv abzusenken. Das Grundeinkommen ist so als „Containerforderung“ zu gebrauchen. Entscheidend ist, wer was damit befördern will. Daher muss eine radikale Linke gleichzeitig für massiv angehobene Mindestlöhne eintreten, damit die Grundsicherung nicht zum Trojanischen Pferd gegen die Interessen der Arbeitenden werden kann.

farewell welfare?

Unter den Bedingungen eines Staates, in dem immer mehr Arbeitszwang und soziale Disziplinierung statt soziale Wohlfahrt zu der sozialstaatlichen Maxime wird, klingen diese Forderungen eher utopisch. Mit den I•Jobs wird neben Lohndrückerei und Disziplinierungspolitik auch ein genereller Angriff auf das „Normalarbeitsverhältnis“ gefahren. Vor dem Hintergrund der politischen Offensive des Kapitals können „Reformvorschläge“ wie das Existenzgeld schnell ihres fortschrittlichen Gehalts beraubt

Nun mag mensch denken, dass die Verschärfungen in Schleswig-Holstein auch deswegen besonders gravierend sind, weil dort eben bisher ein relativ liberales Polizeirecht herrschte – im Bund, nach sechs Jahren Gesetzesverschärfungen unter Federführung von Otto Schily, scheint eine vergleichbare Verschärfung kaum noch möglich zu sein. Und wirklich ist die bloße Anzahl der konkreten Vorhaben im Koalitionsvertrag nicht ganz so frappierend wie in Schleswig-Holstein. Klar ist aber trotzdem, dass auch im Bund die Tendenz weiter in Richtung mehr Überwachung und weniger Freiheit und Privatsphäre geht.

Schon die Einleitung des Absatzes „Sicherheit für die Bürger“ offenbart die Geisteshaltung, die hinter dem „Sicherheits“konzept der neuen Bundesregierung steht: Diese nimmt sich vor, zu „überprüfen, inwieweit rechtliche Regelungen, etwa des Datenschutzes, einer effektiven Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität entgegenstehen“ – Datenschutz wird also nicht als Wert, als notwendiges Korrektiv zum Schutz der (sowieso schon arg angegriffenen) Privatsphäre gesehen, sondern fast ausschließlich als Hindernis auf dem Weg zu noch mehr Überwachungsstaat.

Im konkreten bemüht sich die neue Bundesregierung dann vor allem um eine

Konsolidierung und einen punktuellen Ausbau der bereits geschaffenen Eingriffsmöglichkeiten: Die Koalition bekennt sich zur Zentralisierung von Sicherheitsbefugnissen und zu weiteren Eingriffsbefugnissen für Bundesbehörden wie z.B. das Bundeskriminalamt. Sie will „biometrische Verfahren verstärkt einsetzen“. Auch im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts werden eine ganze Reihe von Verschärfungen angekündigt: Die umstrittene Kronzeugenregelung soll endgültig im Gesetz verankert werden; eine mögliche Erweiterung der DNA-Analyse und mögliche Gesetzesverschärfungen im Bereich der „Sympathiewerbung“ für sog. terroristische Vereinigungen werden angekündigt; die nachträgliche Sicherungsverwahrung soll nun sogar für jugendliche Täter möglich werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass in Land und Bund große Koalitionen – ohne kleinen Koalitionspartner, der seinem bürgerrechtlichen Image zumindest nach außen treu bleiben muss – immer für Gesetzesverschärfungen im „sicherheits“politischen Bereich gut sind. Auf der anderen Seite ermöglicht vielleicht die Offenheit, mit der solche Verschärfungen durchgeführt werden, auch die Aufklärung der Öffentlichkeit und die Mobilisierung von Protest gegen diese Pläne.

„Das Unmögliche zu wollen ist Voraussetzung dafür, das Mögliche zu schaffen“ (K. Liebknecht)

Die aktuelle Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen wird von Arbeitslosengruppen bis zu ATTAC breit geführt. Eine gemeinsame Debatte um Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung ist nötig und bedarf einer neuen Form des vorurteilsfreien Zusammenarbeitens.

Das Existenzgeld ist eine Richtungsforderung, es zeigt eine kleine Passage in eine andere Gesellschaftsformation auf. Es stellt die Koppelung von Arbeit und Einkommen fundamental in Frage. In der darin aufblitzenden Perspektive auf ein Leben ohne Lohnarbeit gewinnt das Existenzgeld eine antagonistische Qualität. Ein Existenzgeld darf nicht als eine Mildtätigkeit des Staates erscheinen, unsere Forderung nach Existenzgeld unterscheidet sich vom Almosen so wie das Recht von der Gnade. Wir spielen nicht nach einer kleinen Gesetzesänderung oder etwas mehr Sozialstaat. Der Kapitalismus hat Ressourcen mobilisiert, die weltweit zu einem Leben ohne Armut und Elend verhelfen könnten. Wenn dies jedoch nicht dazu führen soll, dass alle von diesen Möglichkeiten profitieren sollen, dann gibt es nur eins:

Hau weg den Scheiß!

Ein Pakt der Großen – gegen die Kleinen

„Mit Mut und Menschlichkeit“ hat die CDU-SPD-Koalition ihren Vertrag überschrieben. FDP-Chef Guido Westerwelle fürchtete sich schon vor zuviel Menschlichkeit und bezeichnete den Koalitionsvertrag sogar als „sozialdemokratisch“. Tatsächlich braucht sich die FDP um ihr Klientel keine Sorgen machen. Merkel und Müntefering sorgen dafür, dass die Reichen reicher und alle anderen ärmer werden. Doch bei der Umverteilung bleibt es nicht...

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist – wen wundert's? – nicht das vorrangige Ziel der Koalition. Die meisten Ideen zu diesem Thema machen aus einigen Erwerblosen höchsten Menschen mit geringem Erwerb. „Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche“ ist zwar eine Parole der NPD, hindert Merkel und Co. aber nicht daran, sie buchstäblich auf dem Feld – dem Spargelfeld – umzusetzen.

„Der in den letzten Jahren erreichte Umfang der mittel- und osteuropäischen Saisonkräfte muss deutlich reduziert und soweit wie möglich durch Vermittlung inländischer Arbeitskräfte ersetzt werden.“ Die genannten Arbeitskräfte sollen vorrangig „arbeitslose Leistungsbezieher“ sein.

Die Regierung führt nicht weiter aus, welche positiven ökonomischen Effekte sie erwartet, wenn der Mangel an qualifizierten Spargelstechern dazu führt, dass der Markt durch Bruchspargel überschwemmt wird...

Merkel und Co. gehen wie ihre Vorgänger der letzten 20 Jahre davon aus, dass irgendwie schon Arbeitsplätze entstehen, wenn die Unternehmen nur genügend Geld für Investitionen haben. Für die Vermehrung dieses Geldes ist gesorgt. Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte senken die berüchtigten „Lohnnebenkosten“. Kostet Arbeit dann immer noch zuviel, wird sie durch den „Kombilohn“ billiger, indem ein Teil der Lohnkosten nicht durch die Arbeitgeber, sondern durch den Staat getragen wird. Ab 2008 verspricht eine Steuerreform noch mehr Geld: Durch Neuregelungen bei Erbschaften und Abschreibungen für Investitionen („Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft“ genannt) wandern mindestens 6,5 Milliarden Euro nach „oben“. Wer nach diesem Geldsegen nicht weiß, wohin mit der Kohle, dem legt die Koalition nahe, doch Hausangestellte (früher sagte man „Diener“) zu halten. Das wird dann nämlich noch extra steuerlich gefördert!

Die sog. „Reichensteuer“ scheint aus dieser Logik auszubrechen. Denn Verheiratete mit mehr als 500 000 Euro jährlichem Einkommen müssen dann 45 statt 42 % Steuern zahlen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Steuer tatsächlich Staatseinnahmen zur Folge haben wird oder allein eine Herausforderung in Sachen „arm rechnen“ für SteuerberaterInnen sein wird. Wer Aktien oder Immobilien besitzt, braucht sich jedenfalls noch keine Sorgen machen: Eine Pauschalsteuer von 20% auf Verkäufe solcher Werte fand keinen Eingang in den Vertrag.

Frei – vor allem frei von Geld

Die Haushaltssanierung wird jedenfalls durch andere getragen: Die Mehrwertsteuererhöhung auf 19% zieht aus dem Durchschnittshaushalt jährlich weitere 350 bis 400 Euro – falls das Kaufverhalten gleich bleiben sollte. Mit der ab 2012 geltenden längeren Lebensarbeitszeit spart der Staat Renten (eine Rentenerhöhung wird übrigens ausgeschlossen). Eine ganze Reihe von Steueränderungen (Streichung der Eigenheimzulage, Kürzung der Pendlerpauschale, Streichung der Freibeträge für Abfindungen und Übergangsgelder, Heiratsgelder, Bergmannprämien etc.) sollen 2006 600 Millionen Euro, 2009 schon sieben Milliarden herausgeholt werden.

Wer danach als arbeitender oder studierender Mensch immer noch über Geld verfügen sollte, hat es gefälligst in seine Gesundheit zu investieren. Ein genauer Plan für eine weitere Gesundheitsreform steht zwar noch nicht, aber bei der Pflegeversicherung ist die Richtung schon vorgegeben: „Eigenverantwortung und Eigeninitiative müssen gestärkt werden und Solidarität ist nicht nur innerhalb der einzelnen Generationen, sondern auch zwischen den Generationen gefordert. Dabei kommt der Bereitschaft zur Selbsthilfe und zum eh-

renamtlichen Engagement besondere Bedeutung zu.“

Und freigesetzt wird auch

Die Tarifautonomie bleibt bestehen, heißt es im Vertrag. Haben sich die Sozis in diesem Punkt durchgesetzt? Wieder kann Guido Westerwelle aufatmen. Denn „betriebliche Bündnisse für Arbeit“ (sprich Verstöße gegen die Tarife) sind „wichtig“. Gleichzeitig kann leichter gekündigt werden, indem die mögliche Probezeit auf zwei Jahre verlängert wird. Wer erst mal gekündigt wurde, dem werden staatliche Förderungen um wie-

der ins Erwerbsleben einzusteigen, nicht mehr im bisherigen (mageren) Umfang zur Verfügung stehen. Denn alles, was „ineffizient“ ist, „steht auf dem Prüfstand“.

Klar, dass sich die Regierung zu Hartz IV bekennt. Dennoch kostet dieses Gesetz noch zu viel. Deshalb wird bei den ALG II-EmpfängerInnen weiter eingespart. Das läuft dann unter der Propagandaformel „Missbrauchsbekämpfung“ und hier gleitet der Sozialkassenschlag auch in die Abholzung von demokratischen Rechten über: Die Kontrolle der Erwerbslosen soll auch durch umfassende Datenabgleichungen der Behörden erleichtert werden. Erwerbslose landen damit im gleichen Topf wie „Ter-

roristen“. Wenn auch beim „Kampf gegen den Terror“ die Maßnahmen (noch?) drastischer sind: Das BKA darf bald schon im Vorfeld ermitteln, der biometrische Pass ist beschlossen, der Einsatz der Bundeswehr im Innern versteckt sich hinter der Formel „Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus greifen äußere und innere Sicherheit immer stärker ineinander.“ In diesen Kontext passt der Satz „jede Form von Extremismus, auch von links, zu bekämpfen.“

Offensichtlich haben Merkel und Müntefering in dieser Richtung Befürchtungen. Es steht zu hoffen, dass sie sich nicht umsonst fürchten!



AVANTI - jetzt auch in Hannover!

Im Oktober 2005 ist aus der „Antifa 3000“ Avanti-Hannover geworden. Damit gibt es nach Flensburg, Kiel, Lübeck, Norderstedt und Hamburg nun eine sechste Ortsgruppe von AVANTI - Projekt undogmatische Linke. Dies ist für uns ein wichtiger Schritt zu einer organisatorischen und politischen Verankerung zunächst in Norddeutschland, perspektivisch auch darüber hinaus.

Die Aufnahme der Antifa 3000 ist kein politischer Schnellschuss. Vorausgegangen sind gemeinsame Erfahrungen, u.a. in der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“ gegen den Naziaufmarsch in Wunsiedel. In dieser praktischen Zusammenarbeit stellten wir schnell weitreichende Übereinstimmungen in unserer Arbeitsweise fest.

Dies betrifft vor allem das Verständnis von Bündnisarbeit und unserer Ansprüche an Kontinuität und Verlässlichkeit. Es folgten dann sorgfältige Diskussionen über politische Grundlagen und Strategien, um die organisatorische Vereinigung vorzubereiten und zu ermöglichen, die schließlich durch die Avanti-Vollversammlung im Oktober 2005 beschlossen wurde.

Organisierung ist für uns kein Selbstzweck. Es geht uns nicht in erster Linie darum, „unseren Verein“ zu vergrößern. Wir sind vielmehr überzeugt, dass dauerhafte politische Handlungs- und Interventionsfähigkeit für die radikale Linke

ohne die Bildung von revolutionären Organisationen nicht zu erreichen sein wird. Dabei geht es uns um einen Weg, der die autoritäre Erstarrung vieler traditions-kommunistischer Organisationen vermeidet, aber gleichzeitig die Organisationsfeindlichkeit und Unverbindlichkeit, wie sie in großen Teilen der politischen und subkulturellen Szene anzutreffen ist, überwindet.

Positiv ausgedrückt besteht unser strategisches Ziel in der Organisierung eines politischen Spektrums, das sich auszeichnet durch:

- den ernsthaften Versuch, die Marginalisierung der radikalen Linken zu überwinden und selbstbewusst in politische Auseinandersetzungen einzugreifen
- ein undogmatisches Herangehen an die theoretische und praktische politische Arbeit
- einen revolutionär-antagonistischen Anspruch mit klaren antikapitalisti-

schen und antipatriarchalen Standpunkten

- ein Organisationskonzept, das bei aller Verbindlichkeit auf Autonomie und Basisdemokratie beruht.

Dabei erheben wir keinerlei Alleinvertragsanspruch. Es darf, soll und muss unterschiedliche politische Konzepte in der radikalen Linken (und ebenso in der Linken und der Gesellschaft insgesamt) geben. Dort wo die Gemeinsamkeiten ausreichen, sollte der Schritt zur gemeinsamen Organisierung aber auch gegangen werden.

Es ist Bestandteil unseres politischen Konzepts, nicht nur zu einem politischen Themenfeld aktiv zu sein, sondern uns mit verschiedenen Erscheinungen und Widersprüchen der herrschenden Gesellschaftsordnung auseinanderzusetzen. Wenn unser Arbeitsschwerpunkt in Hannover also zunächst die Antifa-Arbeit bleibt, so arbeiten wir gleichzeitig daran, dort mittelfristig auch zu anderen Themenfeldern (insbesondere im Sozialbereich) eine kontinuierliche Praxis zu entwickeln.

Langsames Wachstum auf solider Grundlage ist uns allemal lieber, als das schnelle Hochziehen von Organisationsgebäuden, deren Tragfähigkeit schon bei der ersten Krise vielleicht nicht mehr ausreicht. Aber natürlich erhoffen wir uns, dass unsere Ausweitung nach Hannover auch von anderen Gruppen oder Einzelpersonen als Signal verstanden wird, sich konkret mit der Frage von revolutionärer Organisierung zu befassen. Wir stehen für eine konstruktive Auseinandersetzung hierüber immer zur Verfügung.

AVANTI - Projekt
undogmatische Linke, 1.11.2005



„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“

(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, 16.5.2004)

KIEL: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de
HAMBURG: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de
NORDERSTEDT: c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de
LÜBECK: c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de
FLENSBURG: Angelburger Str. 51, 24937 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de
HANNOVER: c/o UJZ Korn, Kornstr. 28-32, 30167 Hannover, hannover@avanti-projekt.de

www.avanti-projekt.de
info@avanti-projekt.de